

Schier allgegenwärtig: Mustafa Müller, Kontaktbeamter „mit Migrationshintergrund“ in Münster und Polizeiobermeister, erklärt Kindern die Fußgängerampel, sucht mit Migranten in ihren Gebetsräumen, Freizeiteinrichtungen und Lokalen den Dialog – kurz, er ist gern gesehener und vertrauenswürdiger Ansprechpartner in vielen Alltagsfragen.

Foto: Polizeipräsident Münster

Peter Preuß (CDU) betonte, Migranten könnten das Leistungsspektrum der Polizei spürbar durch landeskundliches Wissen und den Abbau von Verständigungsproblemen erhöhen. Die hohe Sach- und Fachkompetenz der Polizei schaffe in der Bevölkerung hohes Vertrauen. Man müsse jetzt die Initiative ergreifen, um die seit 2003 rückläufige Tendenz der ausländischen Bewerber für den Polizeidienst zu stoppen und mehr Menschen für den Polizeidienst zu gewinnen. Da jeder vierte Einwohner in NRW einen Migrationshintergrund habe, forderte Preuß eine „volle Integration“ dieser Bevölkerungsgruppe in den Polizeidienst.

Horst Engel (FDP) verdeutlichte: „Polizist zu sein, heißt Verantwortung für Sicherheit zu übernehmen.“ Daher werde von den Polizisten verlangt, dass sie Situationen richtig einschätzen und verstehen. Migranten im Polizeidienst seien von großer Bedeutung, besonders im Umgang mit Landsleuten. „Das wichtigste Werkzeug der Polizei ist das Wort“, wies Engel auf die Überwindung von Sprachbarrieren hin. Der Landtag müsse künftig die Ressourcen der weltoffenen Gesellschaft in NRW stärker fördern, um so Migranten für den Polizeiberuf zu interessieren.

Sören Link (SPD) sah dringenden Handlungsbedarf, da der prozentuale Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst nicht mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung in NRW übereinstimmt. Er kenne jedoch das Problem, dass viele Migranten die formalen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst nicht erfüllten; Bewerber müssen Abitur oder Fachabitur vorweisen können. Link kritisierte in diesem Zusammenhang das Schulgesetz der schwarz-gelben Koalition, welches nach seiner Meinung die sozialen Ungerechtigkeiten in Bildungsfragen zementiere. „Wir müssen bei der Ausbildung mehr Chancen und Perspektiven für alle Kinder schaffen“, forderte er.

Monika Düker (GRÜNE) begrüßte den Antrag von CDU und FDP, da dieser eine „Annäherung an die Einwanderungsgesellschaft“ bedeute. Sie kritisierte aber auch, dass der Antrag nicht konkret genug und daher nur ein „Schau-Antrag“ sei. Ihre Fraktion habe darum einen ei-

„Ohne Wenn und Aber“

Abgeordnete wollen mehr Migranten für den Polizeidienst qualifizieren



Mit mehr Migranten wollen die Landtagsfraktionen die Polizei und den gesamten öffentlichen Dienst in NRW verstärken. Darüber diskutierten die Abgeordneten im Plenum auf Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/2417). Eine Steigerung der Bewerberzahl von Migranten für den Polizeidienst sei notwendig, um die nationale Identität von Zuwanderern zu fördern. Die Zahlen der Polizeibeamten mit Migrationshintergrund ließen derzeit zu wünschen übrig: Von insgesamt 480 Einstellungen in den nordrhein-westfälischen Polizeidienst entfielen im vergangenen Jahr lediglich 30 auf Migranten. Die Grünen wollen in ihrem Entschließungsantrag (Drs. 14/2545) das nicht bloß auf den Bereich der Polizei beschränkt wissen. Sie verlangen Maßnahmen, um den Anteil von Migranten am gesamten öffentlichen Dienst von derzeit höchstens 2,5 Prozent anzuheben. Einstimmigkeit im Plenum bei der Überweisung der Anträge an den federführenden Innenausschuss.

genen Entschließungsantrag in die Debatte eingebracht. Darin forderten die Grünen, die stärkere Integration von Migranten auch auf andere Berufsfelder zu übertragen. So sei etwa der Anteil von Migranten in der kommunalen Verwaltung mit rund zwei Prozent an der Zahl aller Beschäftigten verschwindend gering. Zugleich forderte die Abgeordnete, die Schulpolitik müsse das Problem stärker berücksichtigen. „An den Hauptschulen hat jeder fünfte Schüler einen Migrationshintergrund, an Gymnasien dagegen nur jeder 20. Jugendliche.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) verwies darauf, dass in NRW bereits seit 1993 ausländische Bewerber in den Polizeidienst eingestellt werden. Durch eine frühe sprachliche Förderung müsse es gelingen, dass sich mehr Migranten für den Beruf qualifizieren. „Die ethnische Vielfalt unserer Bevölkerung muss sich auch in den Institutionen des Staates wiederfinden“, betonte der Minister. Er befürwortete eine Integration ohne Kompromisse: „Wer Polizist in Nordrhein-Westfalen ist, gehört zur Polizei dieses Landes – ohne Wenn und Aber.“